



Gewerkschaft fordert mehr Schwarzarbeit-Kontrollen

KREIS KLEVE (RP) Mindestlohn-Prellerei aufgedeckt: Das Hauptzollamt Duisburg, das auch für den Kreis Kleve zuständig ist, hat im vergangenen Jahr 155 Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil Unternehmen entweder den gesetzlichen Mindestlohn oder bestehende Branchenmindestlöhne unterschritten, gar nicht oder zu spät gezahlt haben. Als Folge der kriminellen Praktiken wurden rund 330.000 Euro Verwarnungs- und Bußgelder verhängt. Das teilt die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) mit.

Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf eine Erhebung des Bundesfinanzministeriums für den Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup (SPD), der auch Mitglied im Finanzausschuss des Parlaments ist. Zum Vergleich: 2021 leitete das Hauptzollamt Duisburg insgesamt 114 Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen des Betrugs und der Trickserie bei Mindestlöhnen ein. Die Höhe der Verwarnungs- und Bußgelder lag damals noch bei rund 153.000 Euro.

„Auch wenn sich der überwiegende Teil der Unternehmen gesetzestreu verhält: Insbesondere auf dem Bau gibt es immer wieder schwarze Schafe“, sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG Bau Duisburg-Niederrhein. So hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Hauptzollamts Duisburg im vergangenen Jahr allein 26 Verfahren wegen Mindestlohnverstößen auf Baustellen eingeleitet“, sagt Pfau.

Für die Gewerkschafterin sind die Ermittlungsverfahren nur die „Spitze des Eisbergs“, wie sie sagt. Die tatsächlichen Zahlen dürften, so Pfaus Einschätzung, weitaus höher liegen. „Die Zahl der Mindestlohn-Kontrollen ist zu niedrig. Das Risiko, erwischt zu werden, ist für Mindestlohnbetrüger viel zu gering. Hier muss es einen stärkeren Kontrolldruck geben“, sagt die Gewerkschafterin. „Deshalb sollte der Zoll auch im Kreis Kleve noch mehr Präsenz zeigen. Dafür ist allerdings entscheidend, dass die FKS zusätzliches Personal bekommt“, sagt Karina Pfau.

RP Kleve